

*Nistich  
an CF  
angewandte*

C NDA

21.12.81, 1500

Chef EMD  
GSC

---

### Lagebeurteilung ND vom 21.12. zu POLEN

#### 1.1. Zu POLEN

Die Erkenntnislage zum Geschehen in POLEN ist - der rigoros und mit vorsätzlichem Bruch internationalen Rechts (WIENER Konvention) durchgesetzten Nachrichtensperre zufolge - sehr lückenhaft und voller Widersprüche. Gerüchte und gezielte Desinformation verzerren das Bild und lassen derzeit kaum eindeutige Schlüsse über die weitere Entwicklung zu. In groben Zügen lässt sich die Lage in POLEN immerhin wie folgt darstellen:

- Der Militärrat war durch Einsatz des Gros der Landstreitkräfte und aller paramilitärischer und Sicherheitskräfte POLENS bisher offenbar in der Lage, ein Ausbreiten von bewaffneten Zwischenfällen, Unruhen und Demonstrationen zu unterbinden und einen landesweiten Generalstreik oder Aufstand bislang zu verhindern. Die ihm zu unterstellende Absicht, die Kontrolle über das Land möglichst ohne Blutvergiessen zu übernehmen und auszuüben, konnte er hingegen nicht verwirklichen. Mit bisher angeblich über 200 Toten hat der Militärrat nun Ansehen und Loyalität der Streitkräfte aufs Spiel gesetzt, um ein verachtetes Regime in einer Krise zu stützen, die die Militärs selbst durch Arrogierung von ausserhalb der Verfassung und Parteistatuten stehenden unbeschränkten Vollmachten um nichts leichter lösen können.
- Die SOLIDARNOSC muss bezüglich Führung, Organisation und Verbindung als praktisch zerschlagen angenommen werden. Obwohl Meldungen über eine Neuformierung der Landesführung von SOLIDARNOSC vorliegen, muss an einer kurzfristig wiederherstellbaren Reaktionsfähigkeit auf nationaler Ebene gezweifelt werden. Passiver Widerstand, Obstruktion gegen die Anordnungen des Kriegsrechtsregimes, lokale Streiks und Demonstrationen, allenfalls auch Anschläge auf öffentliche Gebäude und Anlagen sind weiterhin möglich. Gezielt gegen die Sicherheitskräfte - insbesondere die MO (MILICJA OBYWATELSKA), die ORMO und die ZOMO - gerichtete Anschläge und Sabotage an deren Einrichtungen sind nicht auszuschliessen.
- Die polnische Kirche reagierte nach anfänglicher Zurückhaltung mit scharfer Kritik, ruft nun aber zur Besonnenheit auf. Es erscheint immerhin als zweifelhaft, dass das polnische Episkopat, das sich nach seinem eigenen Verständnis mit keiner historischen Kraft vollkommen identifiziert.



ren darf und sich für die Rettung POLENS aus höchster Not freihalten muss, kurzfristig wieder eine "Notkoalition" mit dem Regime sucht.

An Einzelheiten zur Lage scheinen erwähnenswert:

- Nach wie vor sollen derzeit mindestens 200 grössere Betriebe bestreikt werden. In GDANSK sollen die Ordnungskräfte nach heftigen Zusammenstössen, in deren Verlauf über 300 Verletzte gezählt worden seien, am 18.12. einen Streikabbruch und wie in anderen Ostseehäfen die Schliessung der Werften bis nach den Weihnachtsfeiertagen durchgesetzt haben. Ebenso in grösseren Werken in RADOM, KATOWICE und KRAKOW. Hauptwiderstandsherd bleibt das Zechengebiet von OBERSCHLESIEIEN, wo ohnehin kaum mehr Kohlevorräte vorhanden sind. Sollten die Zechen dort auch noch geschlossen werden, dürfte dies einschneidende Auswirkungen auf die schon desolate Wirtschafts- und Versorgungslage haben.
- Die Versorgungslage hat sich ebenfalls verschlechtert. Zwar hat der Handelsminister kürzlich zugegeben, dass die Regierung Lebensmittelreserven gehortet hat für den Zeitpunkt des Inkrafttretens der Preiserhöhungen. Doch sind in WARSCHAU wieder lange Einkäuferschlangen vor Brotläden zu verzeichnen. Kartoffeln sind, trotz guter Ernte, keine zu haben. Seit 20.12 sind in WARSCHAU jedoch wieder Nahrungsmittelläden offen; in aller Eile herbeigeschaffte Esswaren - selbst Fleisch und Wurst - sollen nun wieder erhältlich sein.
- Räumliche und zahlenmässige Verbreitung der Uem Netze und die Intensivierung der Führungstätigkeit im Verlaufe der letzten Woche, deuten auf ein massives Engagement der PVA-Landstreitkräfte hin. Hinweise lassen vermuten, dass mind 13 Div eingesetzt und Teile von 2 weiteren Div aktiviert worden sind - insbesondere der 3. MotS Div im Raume LUKOW-LUBLIN-TARNOW. Schwergewichte des Einsatzes sind im Grossraum WARSCHAU, entlang der Hauptachsen nach POZNAN, in den Industriezentren SCHLESIEIENS und den Städten der OSTSEE-Küste zu verzeichnen. Aus dem Grossraum WARSCHAU sind Hinweise zur Präsenz von mindestens 7 Rgt plus weitere Kampftruppenteile vorhanden, so:
  - . 4 Rgt der 16. Pz Div im W der Hauptstadt
  - . 1 Rgt der 1. MotS Div im Zentrum
  - . 1-2 Rgt (darunter vermutlich das 17. Rgt) der 4. MotS Div im SW der Hauptstadt (Rest der Div wahrscheinlich im Rm WITKOWO-LODZ)
  - . Elemente mit BMP'S der 5. Pz Div im SW
  - . Elemente der 6. Lla Div und höchstwahrscheinlich
  - . Elemente der 7. Seelande Div für Sondereinsätze im Zentrum WARSCHAUS, während Gros der 7. Div im Raume GDANSK, GDYNIA und SW LEBORK disloziert ist.

Die ursprünglich mit Teilen nach WARSCHAU verlegte 10. Pz Div dürfte mittlerweile im Grossraum KATOWICE im Einsatz stehen, während die 11. Pz Div im Raume POZNAN-KOLO, oder Richtung LODZ vermutet wird. Unklar ist, ob 8. und 12. MotS Div wirklich den Standortraum noch nicht verlassen haben. Immerhin kann auf die Absicht der Führung geschlossen werden, die Heeresteile nach Möglichkeit nicht in Städten in der Nähe der angestammten Standorte einzusetzen.

- Die Hauptlast der Operationen gegen bestreikte Betriebe tragen mehr

und mehr die MILICJA und andere Kräfte der inneren Sicherheit, während die Armee zunehmend zu Kontroll- und Absperrmassnahmen - u a auch an allen operativ wichtigen Flussübergangsstellen - eingesetzt wird. Während aus WARSCHAU tadellose Haltung der Streitkräfte gemeldet wird, mehren sich Hinweise aus andern Landesteilen, wonach in der Armee offenbar der Widerstand gegen den Einsatz der PVA gegen streikende Arbeiter wächst. In einigen Einheiten soll es noch unbestätigten Meldungen zufolge bereits zu Meutereien einerseits, und zu Zusammenstössen mit Polizeikräften andererseits gekommen sein. Sowohl in SCHLESIEEN als auch in GDANSK und andern Ostseehäfen hätten sich Soldaten am 18. und 19.12. geweigert, gegen ihre streikenden Landsleute mit Gewalt vorzugehen. Im weiteren melden Beobachter auch Ermüdungserscheinungen bei der Truppe, die medizinisch deplorabel versorgt sei und bei den misslichen, von Tieftemperaturen und täglichen Schneefällen geprägten Witterungsverhältnissen kaum mehr ausreichend motiviert werden könne. Zumindest aus GDANSK und KATOWICE liegen unbestätigte jedoch glaubhafte Meldungen über Fraternisierung von Soldaten mit streikenden Arbeitern vor.

- Mit Ausnahme von u/i Teilen im Raum SZCZECIN befinden sich alle Verbände der NGT im Standortbereich in erhöhter Bereitschaft. Ueber Präsenz von sowjetischen Truppen in polnischen Uniformen sind weiterhin Gerüchte im Umlauf, die der Abklärung bedürfen. Immerhin sollen Fahrzeuge der Sowjets mit polnischen Nummernschildern gesehen worden sein. Obwohl des gleichen Fahrzeugtyps, soll man ein sowjetisches Kennzeichen - ein kleines kopfstehendes Dreieck mit T - nicht entfernt haben. Ueberdies soll ein hochrangiger Stab Mitte der letzten Woche von der UdSSR nach POLEN eingeflogen worden sein. Während verschiedene Hinweise auf einen Wiederaufbau von Teilen der vor kurzem abgebauten Uem Systeme schliessen lassen, kann die Nutzung einer Satellitenstation in LEGNICA als bestätigt gelten.
- Marineseitig wird die Küsten- und -Vorfeldüberwachung verstärkt fortgesetzt - ebenso die SIGINT-Aufklärung von Einheiten der Flotten der DDR, POLENS und der UdSSR.
- Bei den Gruppen der Truppen im Umfeld POLENS sind nach wie vor erhöhte Führungsbereitschaft und Bereitschaftsmassnahmen bei den grossen Verbänden zu verzeichnen, während weiterhin geringe Ausbildungs- und Uebungstätigkeit vorherrscht.
- Bei den nationalen Streitkräften ist verstärkte politische Ausbildung im Zusammenhang mit der Lage in POLEN festzustellen. Ein noch unbestätigter Hinweis deutet darauf hin, dass 3 Bat der UVA in TATA für einen allfälligen Einsatz in POLEN vorbereitet werden sollen. Teile der 1. Pz Div der CVA, die derzeit im Grenzraum zu POLEN disloziert sind, sollen sich ebenfalls auf einen allfälligen Einsatz vorbereiten. Ueberdies sollen Anzeichen vorhanden sein, wonach in POLEN logistische Voraussetzungen geschaffen würden, um nicht-sowjetische WAPA-Truppen aufnehmen zu können. Ferner sollen 10'000 ungarische Arbeiter-Milizen vororientiert worden sein, sich für einen allfälligen Einsatz kurzfristig bereitzuhalten.

Zur Zeit liegen jedoch keine konkreten Hinweise für eine kurzfristig bevorstehende Intervention in POLEN vor. Grössere Verlegungen oder Truppenverschiebungen sind keine zu verzeichnen und Einberufungen von Reservi-



sten in grösserer Zahl sind bisher nicht festgestellt worden. Immerhin ist davon auszugehen, dass die Streitkräfte des WAPA um POLEN in der Lage sind, kurzfristig und möglicherweise überraschend eine Invasion einleiten zu können.

Die weitere Entwicklung hängt von zahlreichen Faktoren ab, deren Stellenwert und Einfluss nur schwer abgeschätzt werden kann:

- Schlüsselement für die Durchsetzung der Macht der Repression ist die Loyalität der polnischen Streit- und Sicherheitskräfte. Die PVA, deren mehrheitlich in der UdSSR herangebildete Generale und Offiziere zu über 80 Prozent Parteimitglieder sind, deren über 180'000 Wehrpflichtige jedoch offenbar zu drei Vierteln Mitglieder der Solidarität sind, muss ein Instrument von fragwürdiger Verlässlichkeit bleiben. Kaum infiziert sind hingegen die Sicherheitskräfte.
- Sollten die Streiks und Werkbesetzungen jedoch andauern und sich ausweiten, werden die Sicherheitskräfte allein kaum in der Lage sein, alle Verstösse gegen die vom Kriegsrechtregime erlassenen Verbote zu ahnden. Darin liegt die Gefahr.

Deshalb kann trotz der Zerschlagung der Führung und Organisation von Solidarität auf nationaler Ebene, eine WAPA-Intervention nicht ausgeschlossen werden, sondern erscheint als reale Möglichkeit. Besonders kritische Daten sind hierbei die Periode des 25.12.81 abends bis zum 27.12.81 sowie die Zeit vom 31.12.81 abends bis zum 2.1.82.

#### Begründung

In der Beurteilung der Vor- und Nachteile einer Intervention in Polen durch MOSKAU dürften folgende Fragen im Vordergrund stehen:

- (1) Welchen Einfluss hat eine Intervention in POLEN auf die wirtschaftliche Situation des Landes und auf die Fähigkeit der UdSSR, Partei, Staat und Armee POLENS zu kontrollieren?
- (2) Deuten die Ereignisse in POLEN darauf hin, dass - in anderer aber doch ähnlicher Form - mit einer Wiederholung der Situation vom August 1980 zu rechnen ist, d.h. dass sich die PVAP zur Stabilisierung einer kritischen Situation langfristig zu Konzessionen genötigt sehen wird, die eine Eigendynamik provozieren und den sowjetischen Griff in POLEN schwächen?
- (3) Kann sich MOSKAU eine derartige Entwicklung mit Blick auf die schwierige Situation in anderen WAPA-Staaten (RUMAENIEN, CSSR) leisten?
- (4) Wie wird der Westen reagieren?

Eine nüchterne Kosten-Nutzen-Analyse ergibt folgende mögliche Antworten:

- (1) Weder die wirtschaftliche Lage des Landes, noch die sowjetische Kontrolle von POLENS Armee, Regierung, und Partei wird durch eine Intervention wesentlich verschlechtert. Dies aus folgenden Gründen:
  - Die wirtschaftliche Lage ist bereits katastrophal. Lokale Streiks und Sabotageaktionen, vor allem aber der zu erwartende passive Widerstand und die reduzierte westliche Bereitschaft, POLEN neue Kredite zu erteilen, bzw die Umschuldungsaktion weiterzuführen, lassen eine Konsolidierung so oder so unwahrscheinlich erscheinen. Gerade

diese Situation muss aber dazu führen, dass Jaruzelski sich sehr bald immer grösseren Schwierigkeiten gegenübersehen wird, die seine Position unterminieren und ihn zu Konzessionen zwingen könnten.

- Zwischen Teilen der Miliz und der Armee einerseits, der Bevölkerung andererseits hat sich ein Graben aufgetan, der genutzt werden kann, wenn nun eine Intervention erfolgt. In Polen sind heute potentielle Quislinge vorhanden, was früher nicht unbedingt der Fall war. Weiteres Abwarten dagegen könnte die Loyalität der Armee in Frage stellen.
  - Der zu erwartende Widerstand wurde durch die Zerschlagung der Führungsorgane von Solidarität, die Verhaftungen und die Spannungen zwischen Sicherheitskräften und Bevölkerung erheblich reduziert. Rein militärisch ist die Operation mit sehr viel geringeren Risiken verbunden als je zuvor.
  - Das Problem, Polen in den Griff zu bekommen hat sich konkretisiert. Die Widerstandsnester sind bekannt. Die Reaktionen und Möglichkeiten von Solidarität konnten getestet und z.T. neutralisiert werden.
  - Der Ausnahmezustand, kombiniert mit einem Appell für brüderliche Hilfe, stellt eine bessere Rechtsgrundlage für eine Intervention dar, als je zuvor.
- (2) Eine Wiederholung der Lage vom August 1980 ist zumindest durchaus möglich. Jaruzelski wird sich über kurz oder lang zu Kompromissen bereit finden müssen. Sein persönliches Prestige und dasjenige der Armee sind jedoch bereits angeschlagen. Eine schleichende Retablierung der Gewerkschaftsbewegung - oder genauer gesagt der Arbeiterschaft - als politischer Machtfaktor oder auch nur Gesprächspartner müsste politische Gefahren für den gesamten Ostblock heraufbeschwören. Die wirtschaftliche Lage ist so schlecht und die Streitkräfte zu deren Samierung nicht besser gerignet, sodass Konzessionen zur Normalisierung der Lage kaum vermieden werden können.
- (3) Polen stellt politisch und wirtschaftlich eine sehr schwere Belastungsprobe für den Ostblock dar. Raum für Experimente existiert praktisch nicht. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Moskau in einer solchen Lage keinerlei Risiken eingehen will, sondern die Dinge selbst kontrollieren will. Eine Intervention hätte zudem einen nicht zu unterschätzenden Abschreckungseffekt in den anderen WAPA-Staaten - u.a. auch in Rumänien - und würde der UdSSR in den kritischen Jahren, die kommen, eine Friedhofsruhe in Polen und im Ostblock garantieren.
- (4) Eine westliche Reaktion ist zwar zu gewärtigen, doch kann diese vermutlich in Grenzen gehalten werden, bzw. könnte als das kleinere Übel angesehen werden. Hierbei ist auf folgende Punkte zu verweisen:
- Die BRD und andere wichtige westliche Staaten reagierten bisher sehr vorsichtig auf die Ereignisse in Polen.
  - Die Erfahrung von AFGHANISTAN hat gezeigt, dass westliche Einheitsfronten schnell durchlöchert werden können und Embargos nicht durchgehalten werden.
  - Mögliche Sanktionen (Getreide-, Technologie-, Handelsembargos, Annäherung an CHINA, Einfrieren der Rüstungskontrollverhandlungen etc.) sind, das hat gerade AFGHANISTAN gezeigt, entweder umgehbar oder zweischnei-

dige Mittel. Im besonderen würde eine Abblockung der Rüstungskontrollgespräche (INF/TNF, KSZE, SALT/START, MBFR) die Spannungen zwischen den USA und Westeuropa eventuell schnell beleben und könnte kaum langfristig durchgehalten werden. ARGENTINIENS schlechte Wirtschaftslage garantiert praktisch, dass ein Getreideembargo erneut leicht umgangen werden kann. Die Durchtechnologieembargos entstehenden Engpässe können teilweise durch Spionage, bzw Schwarzmarktgeschäfte überbrückt werden. Handelsembargos, bzw eine Suspendierung des Erdgasgeschäftes treffen den Westen ebenso hart wie die UdSSR - gerade in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession.

- Die schwachen Demonstrationen der Friedensbewegung gegen Polen deuten darauf hin, dass in diesen Kreisen die Kriegsangst und das Nukleartrauma stärker sind als die Sorge um demokratische Rechte im Osten. Ein Einmarsch würde zwar die Bewegung um einige Monate zurückwerfen (max 1 Jahr), doch kaum zum Verschwinden bringen. Da die USA die TNF-Verhandlungen unterbrechen müssten (nächster Sitzungstermin: 12.01.82), bestehen gute Ansatzpunkte, das verlorene Terrain durch eine Taktik, in der den USA Kriegstreiberei, bzw mangelndes Interesse an Frieden und Europa vorgeworfen wird, zurückzugewinnen.

Hieraus ergibt sich folgende Kurzprognose:

- (1) Die Interventionsgefahr ist nicht gesunken, sondern im Gegenteil gestiegen.
- (2) Mit Aktionen vor dem 24.12.81 ist kaum zu rechnen, da das Bild sowjetischer Panzer in Polen am Weihnachtsabend eine allzu flagrante Provokation darstellen dürfte.
- (3) JARUZELSKI wird versuchen, eine Entspannung in Polen während der nächsten Tage herbeizuführen, um einerseits eine beschwichtigende Stellungnahme der katholischen Kirche am Weihnachtstag zu erhalten, andererseits, um möglichst viele streikende Arbeiter dazu zu veranlassen, am Weihnachtstag die besetzten Betriebe zu verlassen.
- (4) Am 25.12. sind neue massive Massnahmen gegen die bestreikten Betriebe und eine neue Eskalation denkbar.
- (5) Diese Lageverschärfung könnte von der UdSSR zur Rechtfertigung einer Intervention in der Periode 25.12. abends bis 27.12. morgens genutzt werden.
- (6) Mit ausgearbeiteten Interventionsplänen und -beschlüssen muss nach dem Gipfel der WAPA-Führer und dem sich verschärfenden Ton der sowjetischen Medienkampagne gerechnet werden. Ihre Verwirklichung muss als reale Möglichkeit gesehen werden. Entscheidendes Kriterium ist weniger die aktuelle Streiklage, sondern die langfristige Kontrolle Polens. Der Fehler vom August 1980, die Dinge treiben zu lassen, dürfte kaum wiederholt werden.
- (7) Eine Intervention in Stufen, d.h. zuerst Verschiebung und Einsatz nicht-sowjetischer WAPA-Armeen ist möglich, aber nicht zwingend.

Einzigster noch unbestätigter nachrichtendienstlicher Hinweis aus fremdem Herkunftsbereich, der obige Argumentation stützen könnte, ist der, wonach die SOWJETS JARUZELSKI eine Frist von 2-3 Wochen zur Herstellung der Lage einberaumt haben sollen. Sollte dies zutreffen, sind die Chancen, dass ihm dies gelingt als gering zu veranschlagen.